

Reform der Sozialsysteme

Streit um höhere Abzüge für Frührentner

Gewerkschaften verteidigen Rentensätze für Menschen ab 60 / Verbände und Politiker verschärfen Kritik an Rürup-Kommission

Von Robert Jacobi

Berlin. Spitzenpolitiker und Arbeitgeber haben sich dafür ausgesprochen, die Bezüge der Frührentner zu senken. Dies soll die Rentenkassen entlasten. Die Gewerkschaften wehren sich gegen solche Pläne ebenso wie gegen ein höheres Renteneintrittsalter. Die Kritik an der Kommission des Ökonomen Bert Rürup wird härter.

Nachdem Rürup selbst vorgeschlagen hatte, den gesetzlichen Rentenbeginn von 65 auf 67 Jahre heraufzusetzen, wird jetzt über höhere Abzüge bei den Bezügen der Frührentner diskutiert. Die Finanzexpertin der Grünen, Christine Scheel, forderte, Anreize für den vorzeitigen Ausstieg aus dem Arbeitsleben abzubauen. Dies müsse auf Seiten der Arbeitgeber geschehen, aber auch bei den Arbeitnehmern. Dazu könne man die Abzüge bei früherem Renteneintritt erhöhen, sagte Scheel der Süddeutschen Zeitung: „Wir müssen unbedingt das durchschnittliche Rentenalter hochkriegen.“ Der Ökonom Axel Börsch-Supan, Mitglied der Rürup-Kommission, wertete den Trend zur Frühverrentung als „Unding“, da zugleich die Lebenserwartung steige.

Wer in den Ruhestand gehen will und noch nicht 65 Jahre alt ist, muss für jeden Monat, in dem er nicht mehr arbeitet, auf 0,3 Prozent seiner Rentenbezüge verzichten. Möglich ist ein solcher Vorruhestand ab einem Alter von 60 Jahren. Der Abzug summiert sich damit auf maximal 18 Prozent. Die Arbeitgeberverbände fordern bereits seit längerem, diesen Abzug heraufzusetzen. Ein höherer Abzug entlaste sofort die Rentenkasse und reduziere den Druck auf die Beitragssätze.

Ähnlich äußerte sich der CDU-Sozialpolitiker Karl-Josef Laumann: „Wir müssen alles an staatlichen Subventionen abschaffen, was den früheren Renteneintritt attraktiv macht.“ Allerdings könnten die Rentensätze nicht einfach pauschal gekürzt werden, da sie auf der Grundlage der erarbeiteten Ansprüche berechnet seien. Die Regierung setze aber ein „völlig falsches Signal“, indem sie mit dem Brückengeld für ältere Arbeitnehmer sogar neue Anreize schaffe, aus dem Erwerbsleben auszuschneiden. Die Gesetze zur Reform des Arbeitsmarkts sehen ein solches Brückengeld vor, das die Zustimmung der Union im Bundesrat voraussetzt.

...

Den vollständigen Artikel finden Sie im Internet unter www.sueddeutsche.de